Antrag an die Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Die Linke Halle am 24. August 2024

Antragsteller*innen:

.

.

.

Beschlusstext:

Die Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Die Linke Halle beschließt die Rücküberweisung des Entwurfs des Leitantrages zur nochmaligen Beratung in den neu gewählten Stadtvorstand. Der neu gewählte Stadtvorstand gewährleistet eine Überarbeitung und Ergänzung des Leitantrages - insbesondere um inhaltliche Zielstellungen des Stadtverbandes - und stellt einen breiten Diskussionsprozess voran.

Begründung:

Aus Sicht der Antragsteller*innen besteht am Leitantrag weitreichender Änderungs- und Ergänzungsbedarf. Der Leitantrag sollte nicht nur strukturelle und „innerbetriebliche“ Aspekte der Partei behandeln. Er sollte auch inhaltliche Zielstellungen des Stadtverbandes in den Vordergrund rücken. Eine inhaltliche Fokussierung des Leitantrages kommt in dem jetzt vorliegenden Entwurf deutlich zu kurz.

Ein breiter Diskussions- und Beteiligungsprozess der Mitgliedschaft konnte im Vorfeld der Gesamtmitgliederversammlung nicht ausreichend gewährleistet werden. Die Erarbeitung des jetzt vorliegenden Leitantrages erfolgte in der Sommerpause bzw. Urlaubszeit. Die Materialien und Anträge zur Gesamtmitgliederversammlung wurden zudem mit sehr geringem Vorlauf verschickt. Mitglieder und Ortsverbände hatten so nicht mehr ausreichend Zeit und Möglichkeit, den vorliegenden Entwurf des Leitantrages eingehend zu diskutieren. Zudem fehlten ausreichend Zeit und Raum, Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge zu stellen - insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Antragsteller*innen sehr umfassende Ergänzungen und Änderungen des Leitantrages für nötig und diskussionswürdig erachten.

Der zu beschließende Leitantrag des Stadtverbandes Die Linke Halle soll zukunftsgerichtet die Arbeit und die Schwerpunkte der Partei in den kommenden Monaten umreißen. Vor diesem Hintergrund soll der neu gewählte Stadtvorstand einen umfangreichen Überarbeitungsprozess des Leitantrages organisieren und den Mitgliedern und Ortsverbänden des Stadtverbandes ausreichend Raum und Zeit geben, sich an der Diskussion und Überarbeitung zu beteiligen.